

Israelreport

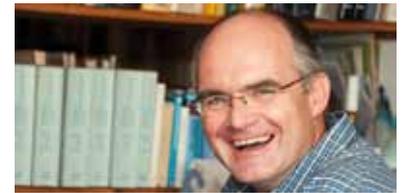
1 | 2011

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten



**Neuanfang für
den Libanon?**

„Ja, Ja; Nein, Nein“



Liebe Israelreport-Leser,

„Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel“, hat Jesus seinen Jüngern einmal gesagt (Matthäus 5,37). Ein paar Leute, die es mit diesem Ratschlag nicht so genau genommen haben, wurden in den vergangenen Wochen empfindlich bloßgestellt. „Wikileaks“ – die Veröffentlichung von etwa einer Viertelmillion interner Dokumente aus dem US-Außenministerium – und „Palileaks“ – 1.648 Dokumente aus den Büros palästinensischer Unterhändler – erwiesen sich als äußerst unbarmherzig. Die Folgen dieser Veröffentlichungen sind noch nicht abzusehen.

„Wir haben mit Wikileaks kein Problem, denn wir sagen überall dasselbe“, meinte dieser Tage ein hoher israelischer Beamter in einem Gespräch, das „off the record“ war – und deshalb

Lassen Sie uns darum ringen, als Christen eindeutig zu sein

auch nicht weitergesagt werden darf. Nur gut, dass er nicht Palileaks erwähnte. Die Gesprächsnotizen der Palästinenser haben nämlich offenbart, dass Oppositionsführerin Zippi Livni als israelische Außenministerin ihren Verhandlungspartnern genau das angeboten hat, was ihr Lieblingsfeind Avigdor Lieberman propagiert: Den Transfer von Grenzen; oder besser: den Transfer von israelischen Ortschaften inklusive der Territorien, auf denen sie liegen, und ihrer arabischen Einwohner nach Palästina. Nur gut, dass die Palästinenser dieses „unmoralische“ Angebot der israelischen Ministerin abgelehnt haben und von ihren Volksgenossen mit „aufgezwungener“ israelischer Staatsbürgerschaft nichts wissen wollten. So ein „rassistisches“ Vorhaben hätte man eigentlich nur dem „Rechtsextremisten“ Lieberman zugetraut – noch dazu, wenn es letztendlich nur darum geht, die als „Kriegsverbrechen“ bezeichneten jüdischen Siedlungen rein zu waschen.

Dass Politiker – vor allem arabische natürlich – in der Öffentlichkeit nicht dasselbe sagen, wie unter vier Augen, ist altbekannt. Aber wie ist das bei uns Christen? Als Reporter wurde ich noch nie beschuldigt, etwas frei erfunden zu haben. Aber ich wurde schon massiv angegriffen, weil ich ganz einfach weitergab, was ich gehört und gesehen hatte. Nein, die Angreifer waren nicht Moslems, sondern Christen! Und wie ist das, wenn wir von „Freundschaftsevangelisation“ reden? Sollten wir nicht gerade Andersgläubigen gegenüber besonders darauf achten, dass unser Reden und unser Sein eindeutig sind – das heißt: eine Bedeutung haben?!

Zweideutigkeit ist aber oft hilfreich in dieser Welt. Manch ein moslemischer Gesprächspartner hätte mir bestimmt anderes erzählt, hätte ich ihn nicht in dem Glauben belassen, ein erfolgversprechendes Missionierungsobjekt zu sein. Und so mancher Palästinenser hätte mir bestimmt nicht seine Begeisterung für Hitler offenbart, hätte er gewusst, dass ich davon überzeugt bin, dass Gott seine Versprechen an Israel nicht gebrochen hat – und auch nicht das Wort: „Wer euch antastet, der tastet seinen Augapfel an!“ (Sacharja 2,12).

Lassen Sie uns weiterhin darum ringen, als Christen eindeutig zu sein – in einer Welt, die nicht mehr zu unterscheiden weiß zwischen Wahrheit und Lüge, Recht und Unrecht, Reinheit und Sünde.

Aus der Stadt des großen Königs grüßt Sie mit einem herzlichen Schalom,

Ihr Johannes Gerloff

Inhalt

Editorial:	„Ja, Ja; Nein, Nein“	2
Titel:	Neuanfang für den Libanon?	3
	Die Anklage im Hariri-Mord	4
Medien:	Wikileaks – Neues über Nahost	6
	„Al-Dschasira“ zieht nach	7
Hintergrund:	Antisemitismus in der islamischen Welt	8
Interview:	„Keine andere Identität“	10
Dialog:	Leser fragen Korrespondenten antworten	11
Meldungen:	Der Fall Katzav, Baraks neue Partei und mehr	12
Buchrezension:	Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude	14
Kommentar:	Gefahr aus dem Norden?	15

Impressum
Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 513 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer Wolfgang Baake
Redaktion Andreas W. Quiring (Redaktionsleiter),
Johannes Gerloff, Elisabeth Hausen, Dana Nowak,
Egmond Prill, Ulrich W. Sahm, Jörn Schumacher
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Neuanfang für den Libanon?

Die schiitische „Partei Allahs“ – was „Hisb-Allah“ übersetzt bedeutet – ist der verlängerte Arm des Iran im Libanon, dessen Fingerspitzen bis an die Nordgrenze Israels reichen. Damit hat der jüdische Staat de facto eine gemeinsame Grenze mit dem Regime der Mullahs in Teheran. Ohne oder gar gegen die Hisbollah läuft im Zedernstaat nichts. Sie ist eine Wirtschaftsmacht, im Parlament und praktisch allen privaten und öffentlichen Bereichen des Landes vertreten. || Johannes Gerloff

Gegen die militärische Macht der Miliz hat die offizielle Libanese-Armee keine Chance. Daran haben auch die 720 Millionen US-Dollar Militärhilfe nichts geändert, die die USA seit 2006 in das Land haben fließen lassen. Dass sich der Führer der drusischen Minderheit im Libanon, Walid Dschumblatt, während der Regierungskrise offen als Hisbollah-loyal bekannt hat, macht diese Situation unübersehbar.

Offen können sich die iran-treuen Schiiten im Libanon allerdings (noch) nicht als die Macht im Staate präsentieren. Das würde das Land isolieren, nicht nur im Blick auf Amerika und Europa, sondern auch in der arabisch-sunnitischen Welt. Die USA haben nach dem Fall der Regierung des Sa'ad Hariri ganz unverhohlen gedroht, die Hilfe für das Land einzustellen, sollte es zu „Hisbollahstan“ werden. Der Sprecher des US-Außenministeriums, P.J. Crowley, betonte, dass seine Regierung die Hisbollah als Terror-Organisation einstuft. Das alles ist weder neu, noch war es ein Geheimnis. Insofern bleibt auch nach dem Regierungswechsel in Beirut als Fazit für die politische Großwetterlage im Libanon: Tendenz gleichbleibend. Der Iran baut seinen Einfluss weiter aus.

Am 25. Januar hat nun das libanesisches Parlament den sunnitischen Geschäftsmann Nadschib Mikati aus Tripoli als neuen Premierminister bestätigt. 68 von 128 Parlamentsabgeordneten stimmten für seine Nominierung. Präsident Michel Suleiman beauftragte ihn offiziell mit der Regierungsbildung. Die Hisbollah, deren Vertreter und Verbündete zwei Wochen zuvor den Sturz der Regierung Hariri verursacht hatten, hat ihre Unterstützung angemeldet. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah versprach gar, die Regierung nicht zu kontrollieren, hofft gleichzeitig aber auf eine Regierung der nationalen Einheit.

Mikatis Vorgänger und Glaubensgenosse Sa'ad Hariri kündigte allerdings an, er werde sich nicht an einer Regierung der nationalen Einheit beteiligen. Seine Anhänger gingen im ganzen Land auf die Straßen und äußerten ihren Unmut über die Lage. „Das sunnitische Blut kocht!“, brüllten die Massen im Nordlibanon und verbrannten Autoreifen und Mikati-Bilder. Allerdings ist unklar, ob diese Demonstrationen tatsächlich gegen den Sunniten Mikati gerichtet sind, oder

Kein Freund des Iran

Nadschib Mikati ist kein Vertreter der Hisbollah und ganz bestimmt kein Freund des Iran. Er war im Kabinett des 2005 ermordeten libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri für öffentliche Dienste und Transport verantwortlich und wurde nach dessen Ermordung Interimspremier. Entscheidend ist vielleicht eine enge persönliche Freundschaft mit dem syrischen Präsidenten Bischar el-As-



Foto: Johannes Gerloff

Im Libanon läuft nichts ohne die Hisbollah.

ihm vielleicht sogar letztendlich den Rücken stärken. Immerhin ist klar: So leicht lässt sich die sunnitische Bevölkerung des Libanon nicht übergehen. Wenn Mikati sich allerdings mittelfristig die Unterstützung der Sunniten nicht sichern kann, hat er – aller parlamentarischen Arithmetik zum Trotz – ein ernsthaftes Problem.

sad. Die Wahl könnte somit ein Comeback der Syrer im Libanon bedeuten, nachdem diese in Folge des Hariri-Mordes und unter internationalem Druck im Jahr 2005 ihre Truppen aus dem Nachbarland abziehen mussten. Syrien betrachtet den Libanon – wie übrigens auch Jordanien, Israel und die palästinensischen Gebiete – traditionell als Teil von Südsyrien. Erst

im August 2008 fand sich die Regierung in Damaskus zur Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen mit dem Zedernland bereit. Spannend bleibt die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem erklärt säkularen Syrien und der islamischen Republik Iran.

Die Geschäftsverbindungen des Milliardärs Nadschib Mikadi, der zudem Vorsitzender der libanesischen Handelskammer war, erstrecken sich nach Afrika, Europa und Amerika. Trotzdem konnte er sich das Image eines sauberen Politikers bewahren. Saudi-Arabien, Syrien und Frankreich haben ihm ihre Unter-

stützung zugesagt. „Ich bin ein gemäßigter Politiker und wahre Äquidistanz zu jedermann“, erzählte Mikati der BBC, nachdem er mit der Regierungsbildung beauftragt worden war.

Jetzt muss er die Bedrohung durch das Hariri-Tribunal der UN, die seinen Vorgänger zu Fall gebracht hat, in den Griff bekommen. Das verlangt die Hisbollah, deren Mitglieder vom so genannten Sondertribunal für den Libanon (STL) für die Ermordung des libanesischen Premierministers verantwortlich gemacht werden. Dazu gehört, dass er jede Verbindung zwischen seiner Regierung

und dem STL kappen muss. Und Mikati muss sein Volk einen, an dessen politischem Horizont wieder einmal die bedrohlichen Gewitterwolken eines Bürgerkriegs hängen. Aus israelischer Sicht hat die gegenwärtige Entwicklung auch einen positiven Aspekt, wenngleich mit einem sehr bitteren Beigeschmack: Je mehr Macht und Verantwortung die Hisbollah im öffentlichen Leben des Libanon übernimmt, desto klarer werden die Fronten – und desto weniger kann sich die Miliz bei einem künftigen Konflikt hinter der Zivilbevölkerung verstecken. ||

Die Anklage im Hariri-Mord

Mitglieder der schiitischen Hisbollah haben den Mordanschlag auf den libanesischen Premierminister Rafik Hariri geplant und durchgeführt. Davon geht eine Anklageschrift aus, die am 17. Januar 2011 dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag von einer internationalen Untersuchungskommission unterbreitet wurde. Der geistliche Führer des Iran, Ajatollah Ali Khamenei, soll den Befehl zur Ermordung des Politikers gegeben haben. Er wird deshalb ebenfalls vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt. || Johannes Gerloff



Der syrische Präsident Assad und der Hisbollah-Führer Nasrallah auf einem Plakat in Damaskus.

Am 14. Februar 2005 war Rafik Hariri einer mächtigen Straßenbombe in Beirut zum Opfer gefallen. Mit ihm starben 22 Menschen. Hariri war nicht

nur Regierungschef seines Landes gewesen, sondern auch ein Geschäftsmann, der sich um den Wiederaufbau des Zedernstaates nach Jahrzehnten des Bür-

gerkriegs verdient gemacht hatte. Besondere Popularität genoss er sowohl unter seinen sunnitischen Glaubensgenossen als auch unter Christen, weil er sich da-

rum bemüht hatte, den Einfluss des übermächtigen Nachbarlandes Syrien zurückzudrängen.

Tausende Libanesen gingen infolge des Hariri-Mordes auf die Straßen und erzwangen einen Abzug der syrischen Besatzungstruppen aus dem Land. Ein Verdacht, die Syrer hätten den Politiker und Geschäftsmann ermordet, erhärtete sich nicht. Einige Monate nach seinem Tod wurde der syrische Offizier Ghazi Kanaan, verantwortlich für die Geheimdiensttätigkeiten seines Landes im Libanon, tot aufgefunden. Die Hintergründe seines Todes bleiben bis heute ungeklärt.

Um den Mord an Rafik Hariri aufzuklären, wurde von den Vereinten Nationen ein „Sondertribunal für den Libanon“ eingesetzt. In den vergangenen Wochen und Monaten erhärteten sich die Verdachtsmomente von den Syrern weg zur Hisbollah. Unter der Hand wurden Hinweise gehandelt, der Hisbollah-Aktivist Mustafa Badr a-Din sei einer der Verantwortlichen. A-Din ist Schwiegersohn des ehemaligen Generalstabschefs der Hisbollah, Imad Mughnijeh. Mughnijeh war einer der weltweit meistgesuchten Terroristen und steht ebenfalls im Verdacht, am Hariri-Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Er fand fast auf den Tag genau drei Jahre nach dem Anschlag auf Hariri in Damaskus den Tod, als die Kopfleuchte seines Autos explodierte.

In der zweiten Januarwoche 2011 traten 11 Minister des libanesischen Kabinetts zurück. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah machte seine Drohung wahr und stürzte die Regierung, weil Premierminister Sa'ad Hariri, der Sohn des Rafik Hariri, sich geweigert hatte, die Unterstützung für das Sondertribunal einzustellen. Damit zerbrach eine instabile Koalition aus einem westlich orientierten Block unter der Führung des Hariri-Sohnes einerseits und der schiitischen Hisbollah andererseits. Die Zurückgetretenen gehörten entweder zur Hisbollah oder deren Verbündeten, die insgesamt 10 von 30 Ministern im libanesischen Kabinett stellen.

Das Bündnis der bitteren Rivalen, das insgesamt kaum 14 Monate bestanden hatte, war ein Versuch, das Land zu stabilisieren. Doch der Versuch einer Zusammenarbeit von so gegensätzlichen Partnern in Kombination mit den Untersuchungen des Hariri-Tribunals hatte letztendlich die Lähmung der Führung des Zedernstaates zur Folge.

Die Hisbollah weist jede Verantwortung für den Hariri-Mord zurück und erklärt die Untersuchungskommission zur

amerikanisch-israelischen Verschwörung. Zudem beschuldigt die Hisbollah Israel des Mordes an Hariri. Die „Partei Allahs“ – was „Hisb-Allah“ übersetzt bedeutet – besitzt ein Rüstungsarsenal und eine gut ausgebildete Kampftruppe, die der regulären libanesischen Armee weit überlegen ist.

Der junge Regierungschef musste einen unmöglichen Spagat vollziehen. Einerseits musste ihm an der Aufklärung des Mordes an seinem Vater gelegen sein. Andererseits konnte er sein Land in einen neuen Bürgerkrieg stürzen, wenn er sich gegen die allgegenwärtige und nahezu allmächtige Hisbollah stellte. Schließlich entschied er sich für seinen Vater und „die Würde des Libanon und der Libanesen“, wie er selbst zu verstehen gab.

Jetzt ist zu befürchten, dass alte Span-

sich der vom Iran gesteuerte Scheich unter „Nicht-Bürgerkrieg“ vorstellt, zufrieden sein werden? Zwei Tage nach dem Scheitern der Regierungskoalition wurden schon die ersten Handgranaten von Unbekannten auf das Hauptquartier der Freien Patriotischen Bewegung geworfen. Diese Partei wird von dem libanesischen Christen Michel Aun geführt, der bekannt ist als Verbündeter der Hisbollah.

2008 waren im Libanon bei interreligiösen Zusammenstößen 81 Menschen getötet worden. Im Sommer 2007 gab es viel verschwiegene, aber wochenlange und blutige Kämpfe gegen so genannte Al-Qaida-nahestehende Gruppierungen um das Flüchtlingslager Nahr el-Bared bei der nordlibanesischen Stadt Tyrus, die Hunderte von Menschenleben gefor-

Die Hisbollah besitzt ein Rüstungsarsenal und eine gut ausgebildete Kampftruppe, die der regulären libanesischen Armee weit überlegen ist.

nungen zwischen den Volks- und Religionsgruppen im Libanon wieder aufbrechen. Jeweils ungefähr ein Drittel der vier Millionen Libanesen sind Sunniten, Schiiten und Christen – wobei es auch noch weitere, politisch nicht unwichtige Minderheiten, wie etwa die Drusen, gibt. Die Verfassung sieht vor, dass der Präsident maronitischer Christ, der Premierminister sunnitischer Moslem und der Sprecher des Parlaments Schiit zu sein hat. Die Familie Hariri gehört der sunnitischen Glaubensrichtung innerhalb des Islam an. Die Hisbollah ist schiitisch. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, befürchtet, dass der Libanon wieder ins Chaos abgleiten könne. Der Ägypter bezeichnete die Lage im Lande als „schlimm, angespannt, bedrohlich“.

„Kein weiterer Bürgerkrieg“

Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah hatte gleich nach dem Rücktritt seiner Minister verkündet, es werde im Libanon keinen weiteren Bürgerkrieg geben. Aber wer weiß, ob diese Entscheidung tatsächlich in seinem Machtbereich liegt – und ob sich alle Libanesen mit dem, was

dert haben. Ein Jahr zuvor hatte der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah die Infrastruktur des Landes schwer beschädigt. 1982 waren die Israelis im Libanon einmarschiert, um palästinensische Milizen zu vertreiben. Parallel dazu tobte von 1975 bis 1990 ein Bürgerkrieg, in dem praktisch jeder gegen jeden kämpfte, und dessen Narben bis heute überall im Lande sichtbar sind. Dabei dürften die unsichtbaren Wunden in den Seelen und Beziehungen der Menschen noch viel tiefer gehen und auch eine größere Tragweite haben, als was äußerlich an Gebäuden sichtbar ist.

In den vergangenen Wochen haben sich eine Reihe von politischen Spielern um die Macht im Libanon gemüht: Der Iran, Saudi-Arabien, Syrien, Ägypten und die Vereinigten Staaten wollten ein Wort mitreden. Hassan Nasrallah und die Hisbollah haben das Land fest im Griff. Dabei hat der schwarze Scheich es immer wieder verstanden, auch seinen Sponsoren und Freunden, etwa Syrien und dem Iran, zu zeigen, dass er einen eigenen Willen und eigene Macht hat. Die spannende Frage ist, wer dieses Mal das letzte Wort behalten und ob der Machtkampf ohne Gewaltausbruch entschieden wird. ||

Wikileaks: Neues über Nahost

Am letzten Novembersonntag des Jahres 2010 begann die Internetseite Wikileaks mit der Veröffentlichung von einer Viertelmillion vertraulicher Berichte des US-Außenministeriums. Die Folge war ein beispielloser Medienwirbel weltweit, ein Hackerkrieg im Internet, als die Amerikaner versuchten, die Veröffentlichung ihrer Diplomaten-E-Mails zu verhindern, bis hin zum Vorschlag eines kanadischen Professors und ehemaligen Regierungsberaters, Präsident Obama solle eine Drohne benutzen, um Julian Assange, den Gründer der Internet-Plattform, abzuschießen. Assange ging in den Untergrund. || Johannes Gerloff

Natürlich ging es bei Wikileaks um die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Politik und was US-Diplomaten hinter vorgehaltener Hand berichteten. Der Nahe Osten, der Kampf gegen den Terror, die Beziehungen zum Islam und der israelisch-palästinensische Konflikt sind aber ein wichtiger Bereich amerikanischer Außenpolitik. Deshalb die Frage: Was erfahren wir durch Wikileaks Neues über Israel und den Nahen Osten? – Ein zusammenfassender Rückblick:

Akademiker, Journalisten, Geschäftsleute, religiöse und professionelle Organisationen, die auf der internationalen Bühne die Sichtweise gegenüber den USA zu beeinflussen versuchen, werden von amerikanischen Regierungsvertretern in besonderer Weise beobachtet.

Die Lage in Israel beurteilen Amerikas Diplomaten als „trügerisch ruhig und florierend“. Das Land bereite sich auf einen breit angelegten Krieg mit Hamas und Hisbollah vor und beurteile selbst den Frieden mit Ägypten und Jordanien als sehr zerbrechlich. Im Falle eines Regimewechsels könnte die Lage schnell kippen. Israel hat Frieden mit den Regierungen – nicht mit den Völkern. Dies sei besonders bedenkenswert bei Waffenexporten in die so genannten gemäßigten arabischen Länder.

Zur Palästinensischen Autonomiebehörde wird berichtet:

Der heutige Staatspräsident, Osloarchitekt und deshalb Friedensnobelpreisträger Schimon Peres kommt im Rückblick zu dem Schluss: Oslo war ein Fehler.

Im Blick auf den Gazastreifen ist interessant:

Die PA teilte praktisch alle ihre nachrichtendienstlichen Informationen mit Israel.

Bis zum Beginn der Operation „Gegossenes Blei“ Ende 2008 hatte Israel die Wirtschaft des Gazastreifens bewusst am Rande des Wirtschaftskollapses gehalten. Um Druck auf die Hamas auszuüben, sollte sie auf so niedrigem Niveau wie möglich funktionieren, ohne eine humanitäre Krise zu verursachen – die dem Ruf Israels geschadet hätte.

Der Krieg gegen die Hamas, die so genannte Operation „Gegossenes Blei“, war mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem palästinensischen Präsidenten Abbas koordiniert.

Der Goldstone-Bericht über Israels Vorgehen im Gazakrieg 2008/2009 hat nach Ansicht von US-Diplomaten einen schlechten Präzedenzfall geschaffen für Länder, die ihre Bürger vor Terroristen schützen wollen.

Der Iran zahlt der Hamas monatlich 25 Millionen Dollar, so Ägyptens Geheimdienstchef Suleiman.

Der Iran ist das bestimmende Thema der amerikanischen Nahostpolitik:

Während des 2. Libanonkriegs im Sommer 2006 hat der Iran der Hisbollah geholfen, Anhänger als Mitarbeiter des Roten Halbmondes zu verkleiden, um Agenten und Raketen zu schmuggeln. Mitarbeiter des iranischen Roten Halbmonds müssen einen Anti-Spionage-Kurs absolvieren, bevor sie eingestellt werden. Der Rote Halbmond im Iran, so die Erkenntnis der US-Diplomaten, ist heute de facto eine Organisation der iranischen Revolutionsgarden.

Der saudische König Abdallah hat die USA mehrfach aufgefordert, den Iran anzugreifen, seinem Nuklearprogramm ein Ende zu bereiten und so „der Schlange den Kopf abzuschneiden“. Ähnliches forderte König Hamad von Bahrain, dessen Bevölkerung überwiegend schiitisch ist.

Was ist neu?

Jahrelang beklagten sich israelische Diplomaten: „Wenn wir nur öffentlich sagen könnten, was wir hinter geschlossenen Türen hören...“ – Jetzt kann jedermann auf dem Computerbildschirm nachlesen, was hinter geschlossenen Türen gesagt wurde. Zu bedenken ist dabei, dass es sich bei dem Schwall von Enthüllungen nicht etwa um harte Fakten handelt, sondern um Aussagen, die amerikanische Diplomaten gemacht, gehört oder berichtet haben.

Wikileaks widerlegt die Grundvoraussetzung der Politik des amerikanischen Präsidenten Obama, dass das Palästinenserproblem der Grund ist für alle Unruhe im Nahen Osten und für allen anti-westlichen Terror. Aber, wer sehende Augen und hörende Ohren hatte, hat das schon vor Wikileaks bezweifelt, aller Obamamane zum Trotz.

Wikileaks bestätigt: Arabische Führer sagen privat anderes, als in der Öffentlichkeit. Dabei bleibt allerdings offen, was sie tatsächlich denken. Denkbar wäre ja auch, dass sie hinter vorgehaltener Hand lügen, um die Amerikaner bei Laune zu halten und über das öffentlich Gesagte hinweggehen zu lassen. Der Nahostexperte Daniel Pipes mag recht haben: „Öffentliche Verlautbarungen wiegen schwerer als private Gespräche.“ So bleibt nach Wikileaks eigentlich nur die Erkenntnis: Man kann den Nahen Osten verstehen, indem man nur öffentlich zugängliche Quellen analysiert, ganz ohne geheime Insiderinfos. Vielleicht ist das eigentlich Atemberaubende an den Enthüllungen des Julian Assange, dass wir nichts substantiell Neues über die Lage im Nahen Osten erfahren haben, das uns dazu zwingen würde, unser Gesamtbild vollständig neu zu überdenken. ||

„Al-Dschasira“ zieht nach

Zwei Monate nach „Wikileaks“ hält eine neue „Enthüllungsgeschichte“ die Medienwelt in Atem: Der in Katar stationierte Sender „Al-Dschasira“ veröffentlicht geheime Dokumente, in denen es um weitreichende palästinensische Zugeständnisse gegenüber den Israelis geht. || Elisabeth Hausen

Al-Dschasira“ hält nach eigenen Angaben etwa 1.600 palästinensische Geheimdokumente in Händen. Es handelt sich um Protokolle von Verhandlungen mit den Israelis. Darin zeigt sich – ähnlich wie bei „Wikileaks“ – ein großer Kontrast zur offiziell vertretenen Meinung der zitierten Palästinenser. So habe die palästinensische Führung angeboten, alle jüdischen Stadtteile Jerusalems außer Har Homa an Israel



Foto: picture alliance

Welche Angebote machte Abbas (rechts) dem früheren israelischen Premier Olmert?

zu übergeben. Die Altstadt solle geteilt werden, so dass das jüdische Viertel und ein Teil des armenischen Viertels ebenfalls unter israelische Herrschaft käme. Hingegen bestünden die Palästinenser auf einer vollständigen Räumung der großen Siedlungen Ma'aleh Adumim und Ariel.

Jasser Abed Rabbo vom PLO-Exekutivkomitee beschuldigte „Al-Dschasira“ der Dokumentenfälschung. Der arabische Sender habe Texte verändert und Bilder von Personen eingefügt, die nicht an Gesprächen teilgenommen hätten. Zudem habe er zwei Monate an den „Palästina-Papieren“ gearbeitet, ohne sich nach der palästinensischen Auffassung zu erkundigen.

„Al-Dschasira“ wolle nun „Wikileaks“ imitieren, nachdem es vergeblich versucht habe, die Internetplattform zu kaufen, fügte Abed Rabbo hinzu. Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung sei verwerflich, denn sie komme mit einem Feldzug der israelischen Regierung gegen Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zusammen. Abed Rabbo forderte eine Überprüfung der Authentizität durch ein internationales Komitee.

Abbas hingegen betonte, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) habe jegliche Entwicklungen im Friedensprozess mit der arabischen Führung geteilt. „Ich weiß nicht, woher ‚Al-Dschasira‘ diese Geheimnisse hat, und es ist nichts vor den arabischen Brüdern verborgen.“ Die Länder würden durch die Arabische Liga auf dem Laufenden gehalten. Abbas sagte weiter, das Netzwerk habe absichtlich israelische und palästinensische Standpunkte vermischt: „Ich habe gesehen, wie sie die Standpunkte vorgestellt haben, die den Palästinensern zugeschrieben wurden, aber in Wirklichkeit waren das israelische Standpunkte.“

Damit widersprach Abbas dem palästinensischen Unterhändler Nabil Scha'ath. Dieser teilte mit, die publizierten Papiere stimmten mit denen überein, die sich in seinem Besitz befänden.

Heftige Hamas-Reaktionen

Die Hamas reagierte erzürnt auf die Veröffentlichung. Sprecher Sami Abu Suhri sagte, die Dokumente zeigten das „hässliche Gesicht“ der PA und den „Grad ihrer Kooperation mit der Besatzung“. Der Hamas-Führer Mahmud Sahar rief die palästinensischen Flüchtlinge zum Protest auf. Aus den Dokumenten geht unter anderem hervor, dass Unterhändler den Israelis einen Kompromiss zur Flüchtlingsfrage angeboten hätten. Demnach sollten jedes Jahr nur 10.000 Palästinenser nach Israel zurückkehren dürfen. Damit hätten die Verhandlungsteilnehmer das Recht auf Rückkehr aufgegeben, hieß es aus der Hamas. Den veröffentlichten Papieren zufolge hatte Abbas der Aussage zugestimmt, dass es „unlogisch“ sei, Israel um die Aufnahme von fünf Millionen Flüchtlingen zu bitten. „Das würde das Ende von Israel bedeuten“, wurde der Vorsitzende der PA zitiert.

Im Gazastreifen demonstrierten drei Tage nach der Veröffentlichung mehrere Tausend Palästinenser gegen den Präsidenten. Sie hielten Bilder von Abbas und anderen palästinensischen Unterhändlern hoch, die mit israelischen Flaggen versehen waren. Sie skandierten: „Geht nach Hause, Verräter“. Andere hatten Fotos von Abbas bei sich, auf denen sein Gesicht durchgestrichen war.

Im Westjordanland randalierten palästinensische Demonstranten unter anderem im „Al-Dschasira“-Büro in Ramallah. Die Stadtverwaltung forderte Passanten auf, sich nicht in der Nähe des Gebäudes zu versammeln und Zurückhaltung zu üben. Gleichzeitig begrüßte sie „den Standpunkt der palästinensischen Straße“.

Nach Angaben von „Al-Dschasira“ und der britischen Zeitung „Guardian“, der die Dokumente ebenfalls vorliegen, stammen sie aus den Jahren 2000 bis 2010. Der arabische Sender betont, dass Israel die Zugeständnisse als „unangemessen“ abgelehnt habe. ||

Antisemitismus in der islamischen Welt

Die Antisemitismus ist in der arabischen Welt weiter verbreitet, als viele annehmen. Er übernimmt dabei Stereotypen, die aus dem Mittelalter und der Nazizeit bekannt sind. || Von Carmen Matussek und Carsten Polanz

Einige arabische Medien verbreiten jüdenfeindliche Pauschalurteile, die das antisemitische Verhalten unter arabischen Jugendlichen in europäischen Ländern wie Frankreich, Niederlande, Belgien und Großbritannien fördern. Zu diesem Ergebnis kamen 2003 die Historikerin Juliane Wetzel und der Soziologe Werner Bergmann vom Berliner „Zentrum für Antisemitismus“ in einer Studie zum Antisemitismus in Europa. Ihr Auftraggeber, die Wiener EU-Behörde „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, hielt die Studie jedoch zunächst unter Verschluss. Die Verantwortlichen fürchteten eine vermehr-

unseren europäischen Gesellschaften zu stark zurückgehalten wird. In Schulen und Jugendeinrichtungen entwickelt sich nämlich „Du Jude“ schon zum bevorzugten Schimpfwort.

„Der Jude“ als Urheber aller Misstände

Verschwörungstheorien wirken nach außen abgrenzend und nach innen stabilisierend. In der Regel sind sie – nicht nur im islamischen Kontext – gegen Moderne und Demokratie gerichtet. Mithilfe der entsprechenden Theorien werden

propagieren, können mithilfe der antisemitischen Verschwörungstheorien das Ausbleiben der versprochenen Ergebnisse entschuldigen und selbst die innerislamischen Auseinandersetzungen „dem Juden“ in die Schuhe schieben. Für die arabischen Regime können derartige Theorien eine willkommene Möglichkeit bieten, von der eigenen Verantwortung für soziale und wirtschaftliche Misstände abzulenken. Auch der derzeit wohl einflussreichste muslimische Gelehrte Yusuf al-Qaradawi greift in seinen Büchern, Fernseh- und Internetauftritten immer wieder auf die Verschwörungstheorien zurück. Dabei ist es jedoch bezeichnend, dass er an anderer Stelle selber vor einer Übertreibung dieser Theorien warnt. Sie könnten zu einem gefährlichen Fatalismus führen und jegliche Selbstkritik und Aufdeckung der eigenen Fehler abwürgen. Die Berliner Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer spricht daher von der „Versuchung, jüdischen Erfolg und arabische Ohnmacht mit einer vom westlichen Kolonialismus unterstützten jüdischen Weltverschwörung zu erklären“. Aus Sicht des Antisemitismus-Forschers Matthias Küntzel dient „der Jude“ als Schuldiger sogar als „der wichtigste gemeinsame Nenner der islamischen Umma [Gemeinschaft]“.

Der importierte nationalsozialistische Antisemitismus erscheint in vielen arabischen Ländern im wissenschaftlichen Gewand. Allein in arabischer Sprache gibt es mittlerweile weit über 60 verschiedene Ausgaben der „Protokolle der Weisen von Zion“. Fast jährlich gibt es neue Übersetzungen. Als Herausgeber fungieren nicht selten namhafte Wissenschaftler und Politiker. In Syrien tragen die Ausgaben sogar den offiziellen Stempel der Regierung. In den Vorworten wird deutlich, dass die Herausgeber die „Protokolle“ als historisch zuverlässige Quellen verstehen. So schreibt der libanesischer Historiker Ajjaj Nuwayhid

Seit Jahrzehnten gibt es immer mehr antisemitische Verschwörungstheorien in islamischen, nicht nur arabischen Gesellschaften.

te Ablehnung von Muslimen in Europa, wenn die Ergebnisse der Studie veröffentlicht würden. Daraufhin machten der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit, der Jüdische Weltkongress und einige internationale Pressorgane die Studie auf ihren Internetseiten zugänglich.

Der Vorfall verdeutlicht die gefährliche Tendenz, Antisemitismus im islamischen Gewand als eine Art „Kulturgut“ zu schützen. Denn die Parallelen zur nationalsozialistischen Propaganda sind offensichtlich. Seit Jahrzehnten gibt es immer mehr antisemitische Verschwörungstheorien in islamischen, nicht nur arabischen Gesellschaften. Schriften wie die in Europa entstandenen „Protokolle der Weisen von Zion“ und Hitlers „Mein Kampf“ erfreuen sich dort großer Beliebtheit. Antisemitismus-Forscher und Islamwissenschaftler warnen davor, dass die Kritik daran in

Misstände und Tabus innerhalb des eigenen Systems auf einen äußeren Feind projiziert, eine Art Sündenbock, mit dem die eigenen Verfehlungen aus dem Lager geschafft werden sollen. Sayyid Qutb, ein einflussreicher ägyptischer Vordenker des Islamismus schreibt in seiner Schrift „Unser Kampf gegen das Judentum“ in Anspielung auf Karl Marx, Sigmund Freud und Emile Durkheim: „Hinter der Doktrin des atheistischen Materialismus steckte ein Jude; hinter der Doktrin der animalistischen Sexualität steckte ein Jude und hinter der Zerstörung der Familie und der Erschütterung der geheiligtesten Beziehungen in der Gesellschaft steckte ebenfalls ein Jude.“ Islamisten wie Qutb, die die Rückbesinnung der Gesellschaft auf die islamischen Wurzeln und Werte als einzigen Weg zu Frieden und Gerechtigkeit in der Gesellschaft

auf der Buchrückseite einer der ältesten und berühmtesten arabischen Ausgaben: „Oh, du darfst nicht auf halbem Wege innehalten, mein arabischer Leser, denn es ist deine Pflicht, dass du mit absoluter Sicherheit weißt, was und wer das ‚Internationale Judentum‘ ist, das auf die Zersprengung von Christentum, Islam und der gesamten Zivilisation hinarbeitet.“ Auch in Kairo sind die „Protokolle“ im akademischen Milieu fest etabliert. Ahmad Hijazi as-Saqqa, Professor für Vergleichende Theologie an der al-Azhar, der einflussreichsten islamischen Universität der Welt, hat 2003 gleich zwei neue Ausgaben herausgebracht.

Mediale Weiterverarbeitung

Basierend auf den „Protokollen“ wird in den verschiedenen Medien regelrechte „Aufklärungsarbeit“ betrieben. Durch Zeitungsartikel, Karikaturen, Romane, Dokumentationsfilme, Seifenopern und politische Reden kommt in allen arabischen Ländern ein großer Teil der Bevölkerung mit der Verschwörungstheorie in Berührung, der die „Protokolle“ selber nie gelesen hat. Teilweise wird sogar in Schulbüchern darüber gelehrt. Aufsehen im Westen erregte auch die flächendeckende Volksverhetzung durch die ägyptische Ramadanserie „Reiter ohne Pferd“. Zur besten Sendezeit des ganzen Jahres wurden Millionen von Haushalten allabendlich nach dem Fastenbrechen mit den „Protokollen“ und der Theorie der jüdischen Weltverschwörung vertraut gemacht. In den folgenden Jahren wurde die Serie von arabischen Sendern sowie im Iran wiederholt ausgestrahlt. Bis heute kann man sie in Geschäften und über das Internet kaufen. 2003 zeigte der syrische Sender al-Manar eine weitere antisemitische Produktion. In der 29-teiligen Serie „asch-Schata“ („Die Diaspora“) werden klassische Motive des modernen europäischen Antisemitismus aufgegriffen. So wird unter anderem dargestellt, wie Juden einen Ritualmord an einem christlichen Kind begehen, um aus seinem Blut Matzen zu backen.

Auf diese Weise wurden die islamischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten zu einer Art „Transportmittel“, das den „Protokollen“ und anderen antisemitischen Schriften weit über die Grenzen der arabischen Welt Geltung verschafft hat. Bereits im Dritten Reich waren nationalsozialistische Führungsleute

bemüht, die antisemitischen Verschwörungstheorien in den islamischen Ländern zu verbreiten, was vor allem in der engen Zusammenarbeit zwischen Adolf Hitler und Amin al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, deutlich wird. Aber auch nach dem Krieg wurden Schlüsselpositionen in politischen und gesellschaftlichen Institutionen der arabischen Welt mit Nationalsozialisten besetzt. So arbeitete SS-Standartenführer Leopold Gleim später in der Verwaltung der ägyptischen Geheimpolizei und war für die Überwachung der ägyptischen Juden zuständig. Dort fand auch SS-Obersturmbannführer Bernhard Bender eine Anstellung. Der Propagandist Johann von Leers avancierte zum politischen Berater im ägyptischen Informationsbüro. Weitere SS-Leute arbeiteten in Ägypten für das Innenministerium und den Geheimdienst.

Im Zuge der Reislamisierungswellen und des andauernden Nahostkonflikts werden die europäischen und insbesondere nationalsozialistischen Antisemitismen mit dem koranischen Jesusbild verbunden. Nachdem sich Muhammad erfolglos um die Anerkennung seiner Botschaft bei den Juden bemüht hatte, kam es in Medina zu immer stärkeren politischen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Juden. Die extrem negativen Urteile der späten Koranverse und der islamischen Überlieferung über das Wesen des jüdischen Volkes dienten Muhammad als Rechtfertigung für seine zahlreichen Feldzüge gegen die Juden. Die Juden erscheinen hier neben den Polytheisten als die größten Feinde der Muslime, die ständig versuchen, die Gläubigen vom Wege Gottes abzubringen. Neben Unglaube und Widerspenstigkeit wird den Juden Hochmut, Verlogenheit und (wie den Christen) Verfälschung des Wortes Gottes vorgeworfen. Die modernen antisemitischen Verschwörungstheorien werden als Bestätigung der koranischen Urteile gesehen, die vielen nun losgelöst vom historischen Kontext als zeitlos gültige Beschreibung des Juden gelten. Die Juden erscheinen als eine Gruppe, die schon immer die Menschheit und insbesondere die wahren Gläubigen bedroht hat. So verweist die islamistische Terror-Organisation Hamas in ihrer Gründungscharta sowohl auf den Koran als auch auf die „Protokolle“. Positivere Bezüge zu den Juden aus der mekkanischen Periode Muhammads und die zeitweise relativ tolerante Haltung muslimischer Herrscher gegenüber jüdischen Untertanen spielen hier keine Rolle mehr.

Gefährliche Zurückhaltung

Nicht nur der eingangs erwähnte Fall der zurückgezogenen Studie macht deutlich, welche Verunsicherung unter politischen Verantwortungsträgern in Europa im Umgang mit dem wachsenden Antisemitismus in muslimischen Milieus herrscht. Auch der Mut, entsprechende Gesetzeslücken zu schließen, scheint bisher zu fehlen. Während die „Protokolle“ und Hitlers „Mein Kampf“ in Deutschland einen Straftatbestand nach § 130 BGB erfüllen, wenn sie öffentlich verkauft werden, fehlt bis heute eine entsprechende Zusatzbestimmung für arabische und türkische Übersetzungen. So wurden die „Protokolle“ und andere antisemitische Schriften unter anderem 2006 auf einer türkischen Buchmesse in Berlin angeboten. Der renommierte ägyptische Verlag „Akhbar al-Yaum“ exportierte 2002 eine arabische Ausgabe als „Buch des Monats“ in 37 Länder, darunter auch Deutschland. Zur Begründung einer derartigen Unterscheidung zwischen antisemitischen Äußerungen im deutschen Kontext einerseits und im arabischen oder türkischen Kontext andererseits, wird häufig auf den besonderen kulturellen und politischen Kontext der Herkunftsländer verwiesen. Mit Bezug zum Nahostkonflikt wird damit direkt oder indirekt Israel selbst für den zunehmenden Antisemitismus in der islamischen Welt verantwortlich gemacht. Dabei wird völlig ausgeblendet, wie sehr der Konflikt durch eine zunehmend religiöse und zugleich antisemitische Deutung auf arabisch-islamischer Seite verschärft wird. Auf diese Weise kommt es zu einer für den Antisemitismus typischen Täter-Opfer-Umkehr.

Angeichts dieser Entwicklungen fordern der Antisemitismusforscher Klaus Holz und der Islamwissenschaftler Michael Kiefer zu Recht eine intensivere Beschäftigung mit der Ausbreitung antisemitischer Tendenzen unter muslimischen Migranten in Westeuropa. Das Schweigen muss zudem innerhalb der muslimischen Gemeinschaften selbst gebrochen werden. Die syrischstämmige Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor, die Gründerin des Liberal-Islamischen Bundes, bedauert den lähmenden Gruppendruck in dieser Frage „Wer würde in einer Gesprächsrunde, in der Judenhass propagiert wird, widersprechen und klar zu erkennen geben, dass Antijudaismus keinen Platz in den Köpfen von Muslimen haben darf? Ich kenne kaum jemanden.“ Solche selbstkritischen Stimmen müssen gestärkt werden. ||

„Keine andere Identität“

Der israelische Historiker Saul Friedländer überlebte die Schoah in einem streng katholischen Internat in Frankreich. In seinen wissenschaftlichen Werken verarbeitete er auch seine eigene Vergangenheit. Im Oktober 2007 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Mit dem Israelreport sprach der 78-Jährige über Identität, Heimatlosigkeit sowie den Umgang mit der Last des Holocaust. || Elisabeth Hausen

Israelreport: „Mit ganzer Seele hatte ich mich dem Katholizismus verschrieben“ – so beschreiben Sie Ihre Glaubenssituation nach dem Zweiten Weltkrieg im Buch „Wenn die Erinnerung kommt“. Sie wollten sogar Priester werden. Dennoch fanden Sie zum Judentum zurück, das Sie so nie gekannt hatten. Wie würden Sie heute Ihre Identität beschreiben?

Saul Friedländer: (lacht) Haben Sie keine leichtere Frage? Das Problem zeigt sich schon in meinen vielen Vornamen. Von Pavlicek, der kleine Paul auf Tschechisch, und Pavel, über Paul, als ich nach Frankreich kam, dann Paul-Henri Marie Ferland in diesem katholischen Internat, und als ich 1948 mit der „Altalena“ nach Israel kam, fragte man mich: „Was ist dein hebräischer Name?“ Und da ich keinen hatte oder nichts darüber wusste, dachte ich: Naja, Saul ist zum Paul geworden, jetzt mache ich den Schritt zurück, also vom Paul zu Saul. Das war meine neue Identität, die israelische, aber wenn die Antwort ganz kurz sein soll: Ich bin Jude, kulturell und im Gedächtnis. Ich bin überhaupt nicht religiös. Das Katholische ist weg. Ich bin Jude, und das eigentlich wegen der Schoah.

Ist trotzdem etwas von Ihrer katholischen Epoche übrig geblieben?

Selbstverständlich, ja. Etwas Ästhetisches ist geblieben, das ist ganz sonderbar: Wenn ich in eine Kathedrale gehe und der Predigt oder der Musik zuhöre, dann rührt sich so eine ästhetische Erinnerung. Ich hatte als Kind sehr viel Gefühl für die kirchliche Musik und versuchte ohne irgendeinen Erfolg, Harmonium zu spielen (lacht). Ich verfolge die Debatten und lese mit größtem Interesse, was in der Kirche passiert. Das tue ich jedoch nur, weil ich mehr davon weiß als jeder beliebige jüdische israelische Staatsbürger.

Der Börsenverein bezeichnete Sie 2007 als „den epischen Erzähler der

Geschichte der Schoah“ und ehrte Sie mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Wie ist es zu diesem erzählerischen Stil gekommen?

Teilweise intuitiv. Es ist auch aus der Debatte mit Martin Broszat herausgekommen. Seine These war, wie er mir sagte:



Saul Friedländer

Wir Opfer seien nicht imstande, objektiv über diese Dinge zu schreiben, sondern wir hätten eine mythische Erinnerung. Das fand ich grob und habe geantwortet: Wenn man in der Hitlerjugend war, hat man auch eine subjektive Wahrnehmung. Diese Wahrnehmung muss man als Tatsache annehmen. Aber wenn man sich dessen bewusst ist, kann man eine Geschichte schreiben, die vielleicht etwas mehr sensibel ist als eine Geschichte, die nur auf Archiven und dokumentarischem Material von der Seite der deutschen Behörden beruht.

Sie befassen sich mit Papst Pius XII. Wie ist die Kooperationsbereitschaft im Vatikan bei Ihrer Forschung?

Null. Mein Verlag in Paris, bei dem das Buch „Pius XII. und das Dritte Reich“ 1964 erschien, war ein großer katholischer Verlag. Ich hatte es absichtlich

dorthin gegeben, um gegen mich selbst eine Garantie zu haben. Der Verleger ist ein guter Freund geworden. Er war bis zu seinem Tode ein gläubiger Katholik, und er ist nach Rom gefahren und hat mit dem Kardinalstaatssekretär von Paul VI. gesprochen. Er hat ihm erklärt, dass ich diese deutsche Dokumentation habe, die ich im Auswärtigen Amt gefunden hatte, als ich meine Dissertation schrieb. Er fragte, ob ich in die Vatikanarchive hinein kann, um das zu ergänzen, und die Antwort war, wie sie bis heute ist: Keinesfalls.

Wie schätzen Sie den deutschen Umgang mit dem Erbe des Holocaust ein?

Nach meiner Erfahrung sind die deutschen Zuhörer die sensibelsten und die seriösesten. Die jüngere Generation ist sehr an dem Thema interessiert. Wenn ich einen Vortrag über die Schoah halte, finde ich in Deutschland die stärksten und klügsten Reaktionen und die besten Fragen und so weiter. Die Balance zwischen Erinnerung und historischer Distanz ist manchmal von außen betrachtet vielleicht nicht tief. Und es kann auch sein, dass heute viele denken: Man hat genug darüber gehört und will schon etwas anderes hören. So eine Debatte gibt es immer wieder. Über Europa kann ich nicht soviel sagen. Aber hier in Deutschland findet man wirklich eine Art Balance.

Wie bewerten Sie den aktuellen israelischen Umgang mit dem Holocaust und seinen Folgen?

Am Anfang wollte man von den europäischen Juden nicht viel hören, weil das nicht die Beispiele des neuen Menschen waren, den man in Israel erzeugen wollte. Der typische Sabra war ein Kämpfer, aber nicht ein passives Opfer, deswegen waren die Ghetto-Kämpfer die Helden, aber nicht die Masse der Getöteten. Das hat sich geändert. Nach dem Eichmann-Prozess ist eine größere Sensitivität auch in Israel entstanden. ||

Leser fragen – Korrespondenten antworten

Frage Wilfried Hahn aus Wiehl

Bei Meinungsäußerungen über die israelische Siedlungstätigkeit im Westjordanland schwingt oft der Vorwurf mit, dass Siedler sich unter dem Schutz des israelischen Staates gewaltsam Land von Palästinensern aneignen.

Ich frage, wie das wirklich geht. Wie kommt im Westjordanland das Siedlungsland in israelischen Besitz? Als um 1890 die jüdische Siedlungstätigkeit in Palästina begann, kaufte man Land von den türkischen Effendis, die im gemütlichen Beirut lebten und denen das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung mehr als egal war. Als Nazi-Deutschland nach Hitlers

Machtübernahme viele Juden nach Palästina trieb, sind auch gewaltsam Siedlungsgebiete für neue Kibbutzim okkupiert worden. Aber nach meiner Kenntnis waren die gekauften Gebiete weitaus größer.

Im Artikel „Friedenshindernis Siedlungen?“ berichtet Johannes Gerloff die Aussage eines Palästinensers: „Ich habe den Juden mein Land verkauft. Ich habe ihnen die Häuser gebaut. Und jetzt mache ich ihnen die Renovierungsarbeiten.“ Lässt sich dies verallgemeinern? Ich weiß es wirklich nicht und wäre für eine umfassende Problemdarstellung sehr dankbar.

Antwort Johannes Gerloff aus Jerusalem

Die Lage – nicht nur im Westjordanland, sondern im gesamten Nahen Osten – ist sehr kompliziert und lässt sich in keiner Weise verallgemeinern. Mit dem Zitat des palästinensischen Landverkäufers wollte ich lediglich zeigen, dass es auch unter Palästinensern noch andere Sichtweisen gibt, als die uns gemeinhin geläufigen. Damit sei nicht gesagt, dass alles erlogen ist, was dem widerspricht.



Foto: Johannes Gerloff
Die israelische Siedlung Ma'aleh Adumim

In manchen Fällen, wie etwa in Hebron oder Jerusalem, gab es seit Jahrtausenden jüdische Gemeinden. In anderen Fällen haben Juden Land gekauft, Ende des 19. Jahrhunderts, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, bis heute. Bei jeder einzel-

nen Siedlung muss gefragt werden, wie und aus welchen Gründen sie entstanden ist. Da gibt es keine Uniformität.

Eine entscheidende Beobachtung ist, dass im Gegensatz zur „Siedlungspolitik“ eines Adolf Hitler oder Josef Stalin, der Millionen Menschen zum Opfer fielen und unter deren Eindruck etwa die Genfer Konventionen verabschiedet wurden, die „Siedlungspolitik“ des Staates Israel eine Basisbewegung ist, der sich der Staat Israel, weil demokratisch, gebeugt hat. Deshalb wäre es angemessener, von einer „Siedlungsbewegung“ in Israel als von einer „Siedlungspolitik“ des Staates Israel zu sprechen. Das erklärt übrigens auch die offensichtliche und vielfach leidvolle Inkonsequenz der israelischen Demokratie im Gegensatz zur effektiven Geradlinigkeit einer diktatorischen „Siedlungspolitik“.

Wir sollten uns davor hüten, privaten Landbesitz automatisch zu einer politischen Gegebenheit zu machen. Auch wenn heute das gesamte Westjordanland von Israel annektiert würde, bedeutete das noch lange nicht, dass damit alle palästinensischen Landbesitzer enteignet würden. So gehört bis zum heutigen Tag der meiste Grund und Boden im nordisraelischen

Galiläa Nichtjuden. Auch kenne ich persönlich Juden, die privaten Landbesitz in den Palästinensischen Autonomiegebieten nachweisen können, etwa in Hebron oder Al-Dschib bei Ramallah. Ob es die politische Lage diesen jüdischen Israelis in absehbarer Zeit erlauben wird, in den Genuss ihres Besitzes kommen zu können, steht auf einem anderen Blatt.

Im besetzten Westjordanland – dem biblischen Judäa und Samaria – wurden meines Wissens alle jüdischen Siedlungen auf Staatsland gebaut, das der Staat Israel 1967 in einem Verteidigungskrieg (vergleichbar den Landgewinnen unserer östlichen Nachbarn durch den 2. Weltkrieg) erobert hat. Israel selbst hat die Lage völkerrechtlich kompliziert, indem es diese Gebiete nicht annektierte, sondern bis heute in einem Besatzungsstatus hält, um seinen Nachbarn „Land für Frieden“ bieten zu können. Die arabische Seite hinderte Israel daran, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, durch die drei kategorischen Nein zu einer Anerkennung Israels, zu Friedensverhandlungen und zu einem Frieden mit dem jüdischen Staat Israel.

Privatland wurde „für jüdische Siedlungen“ erstmals nach den Abkommen von Oslo für Umgehungsstraßen (heute: „Siedlerstraßen“) enteignet, in Absprache mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, die eine Entflechtung von jüdischen und arabischen Siedlungsgebieten gefordert hatte. Den Besitzern dieser enteigneten Flächen wurde, wie in jedem Rechtsstaat, eine entsprechende Entschädigung angeboten.

Für mich persönlich gilt nach wie vor – und sogar für Israel! – der Grundsatz „In dubio pro reo“ („Im Zweifel für den Angeklagten“). Wer behauptet, jüdische Siedler hätten im besetzten Westjordanland palästinensisches Privatland geraubt, um darauf Siedlungen zu bauen, möge dies im konkreten Fall beweisen. Das gilt auch für den Vorwurf, dass vor der Staatsgründung von Juden „gewaltsam Siedlungsgebiete für neue Kibbutzim okkupiert“ wurden.

Dass hier ein Krieg ums Land stattfindet, sei unbestritten. Palästinenser wie Israelis bemühen sich darum, in diesem Krieg möglichst viele Vorteile für sich herauszuschlagen. Wessen Seite er ergreifen will, wenn etwa Palästinenser Olivenbäume auf Staatsland pflanzen, um dieses dadurch zu Privatland zu deklarieren, und wenn jüdische Siedler sich dagegen wehren, sei jedem selbst überlassen.

Der Fall Katzav

Korruption und Sexualverbrechen von Spitzenpolitikern gibt es in vielen Ländern. „I did not have sexual relations with this woman“ – so beteuerte US-Präsident Bill Clinton seine Unschuld. Über den italienischen Premier Silvio Berlusconi kursieren die tollsten Gerüchte. Wie ein roter Faden ziehen sich Liebesgeschichten durch die Geschichtsbücher. Auch in der Bibel mangelt es nicht an fragwürdigen bis hin zu verbrecherischen Techtelmechteln.



Foto: picture alliance

Mosche Katzav ist Ende Dezember wegen Vergewaltigung verurteilt worden

Gleichwohl kann man lange suchen, ehe man weitere Fälle findet, in denen ein Staatsoberhaupt wegen Vergewaltigung und Sexualverbrechen erst aus seinem

Amt getrieben und dann auch noch von einem Gericht rechtskräftig verurteilt wird. Nicht die Schwäche des Fleisches ist im Falle von Israels Ex-Staatspräsident Mosche Katzav das Besondere, sondern der Mut und die Fähigkeit der israelischen Anwaltschaft, sogar das Staatsoberhaupt vor Gericht zu zerren.

In der arabischen Welt hat das Urteil gegen Katzav ganz besonderes Erstaunen ausgelöst. Die übliche Darstellung Israels als ein rassistischer Staat, in dem Menschenrechte mit den Füßen getreten werden, müssen die arabischen Medien wohl gründlich revidieren. Für die arabischen Berichtersteller ist ein von israelischen Rechtsexperten und den Medien überhaupt nicht beachteter Nebenaspekt kaum nachvollziehbar: Jener Richter, der am 30. Dezember das Urteil über das ehemalige Oberhaupt des jüdischen Staates ausgesprochen hat, heißt George Kara. Er ist ein christlicher Araber aus Jaffa, 1952 geboren und seit dem Jahr 2000 Bezirksrichter. „Kara ist ein sehr harter Richter, der sich im Gegensatz zu vielen anderen überhaupt nicht von den Zeitungen beeinflussen lässt. Kara gilt als völlig unbestechlich“, sagte ein Rechtsexperte der Universität Haifa, Oren Gazal-Ayal. || Ulrich W. Sahn

Baraks neue Partei



Foto: picture alliance

Ehud Barak kündigt die Gründung einer neuen Partei an

Israels Verteidigungsminister Ehud Barak hat eine neue Fraktion namens „Atzma´ut“ (Unabhängigkeit) gegründet. Bislang war der 68-Jährige Vorsitzender der sozialdemokratischen Arbeitspartei (Avoda).

Barak sagte am 17. Januar: „Wir gründen heute eine Fraktion, eine Bewegung, und in der Fortsetzung eine Partei, die zentral, zionistisch und demokratisch sein wird. Eine Bewegung, die im Geiste der Unabhängigkeitserklärung und im staatlichen Erbe der Generation von Ben Gurion handeln wird.“ Ihr Motto werde sein:

„Was richtig und gut für den Staat Israel ist“.

Die Avoda stellte bislang 13 der 120 Abgeordneten im israelischen Parlament. Mit Barak verließen der stellvertretende Verteidigungsminister Matan Vilnai, Landwirtschaftsminister Schalom Simchon sowie die weiblichen Abgeordneten Einat Wilf und Orit Noked die Partei. Barak behielt seinen Posten als Verteidigungsminister. Simchon wurde Minister für Industrie, Handel und Arbeit, Noked ist nun Landwirtschaftsministerin. Vilnai leitet das neugeschaffene Heimatschutzministerium.

Mit dem Beitritt zu einem rechtsgerichteten Regierungsbündnis war Barak im März 2009 ein hohes Risiko eingegangen. In der Avoda-Basis gärte es seitdem, zuletzt auch wegen der brachliegenden Friedensgespräche mit den Palästinensern. Die Parteilinke warf dem Vorsitzenden den Ausverkauf aller Werte vor. Zuletzt wurde er nahezu täglich aufgefordert, die Regierung von Benjamin Netanjahu zu verlassen. || Elisabeth Hausen

Mehr Tourismus, weniger Terror



Foto: Israelnetz

Im Jahr 2010 sind 3,45 Millionen Besucher nach Israel eingereist – das waren 14 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 2008. Im Vergleich zu 2009 registrierte das Tourismusministerium einen Anstieg um 26 Prozent.

Von den Touristen des vergangenen Jahres übernachteten 2,8 Millionen mindestens einmal in Israel. Auch das ist ein neuer Rekord. Zudem wurden 642.000 Tagesbesucher gezählt – hier gab es im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um mehr als 50 Prozent. Dies berichtet die Tageszeitung „Jediot Aharonot“.

Das Jahr 2010 war für Israel zudem das ruhigste im vergangenen Jahrzehnt. Bei 798 terroristisch motivierten Vorfällen kamen insgesamt neun Menschen ums Leben. Das teilte der Inlandsgeheimdienst Schabak in seinem Jahresbericht mit.

Im Jahr 2009 hatten die Sicherheitskräfte noch 1.354 Terrorangriffe mit 15 Todesopfern registriert. Seit 2005 ist die Zahl der Anschläge permanent zurückgegangen. Im vergangenen Jahrzehnt starben 1.187 Israelis durch Attentate und 8.050 weitere wurden verletzt.

Auch die Zahl der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen hat sich trotz der Eskalation im Dezember deutlich verringert. Selbstmordanschläge wurden 2010 nicht verübt. Bei 16 Schussangriffen im Westjordanland kamen fünf Israelis ums Leben. || Elisabeth Hausen

Südamerikanische Anerkennungswelle

Surinam hat am 2. Februar den „Staat Palästina“ offiziell anerkannt. Wie der palästinensische Außenminister im Westjordanland, Riad al-Malki, bekannt gab, hat der Präsident des Landes einen entsprechenden Brief an seinen palästinensischen Amtskollegen Mahmud Abbas geschrieben. In dem Schreiben drücke Dési Bouterse seine Unterstützung für die nationalen Rechte der Palästinenser und die Errichtung eines Palästinenserstaates aus. Dies berichtet die palästinensische Nachrichtenagentur „Ma'an“.

In den vergangenen Wochen hatten bereits Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien, Ecuador, Chile, Guyana, Peru und Paraguay erklärt, dass sie einen „Staat Palästina“ offiziell anerkennen. Weitere lateinamerikanische Staaten, die eine solche Entscheidung schon vor längerer Zeit getroffen hatten, sind Venezuela, Nicaragua, Costa Rica und Kuba.

Unterdessen wertete Irland die palästinensische Vertretung in Dublin zur Botschaft auf. Damit gibt es erstmals einen palästinensischen Botschafter in der Europäischen Union. Der Schritt sei allerdings nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung eines Palästinenserstaates, hieß es aus der irischen Regierung.

Israel wertete diese einseitigen Deklarationen als „kontraproduktiv im Zuge der Verhandlungen“. Jedes Geschenk, das die Palästinenser von der internationalen Gemeinschaft erhielten, unterstütze ihre Widerspenstigkeit und Maximierungsstrategie. || Elisabeth Hausen, Dana Nowak

Israel von A bis Z



Wie viele Israelis engagieren sich ehrenamtlich? Welche Rolle spielt der Umweltschutz in Israel? Wie läuft ein Wahltag ab? Auf diese und andere Fragen antwortet jetzt kompakt und aktuell das Büchlein „Israel von A bis Z“. Leser finden hier Wissenswertes aus den Bereichen Geschichte, Gesellschaft, Bildung und Erziehung oder Wissenschaft und Technologie. Auch auf die Beziehungen zwischen Juden und Angehörigen von Minderheiten wie Arabern oder

Christen wird eingegangen. Hilfreich ist zudem ein Kapitel über häufig gestellte Fragen wie nach der Berechtigung der Bezeichnung „besetztes Gebiet“ oder dem von den Palästinensern geforderten „Recht auf Rückkehr“. Das Buch ist übersichtlich aufgebaut und anschaulich bebildert. Es eignet sich für Israelreisende, bietet aber auch Hilfestellung für die Suche nach fundierten Diskussionsbeiträgen. Auszüge aus den Reden von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset und von Israels Staatspräsident Schimon Peres im Bundestag runden die Informationen ab. || Elisabeth Hausen

Israel von A bis Z, Hänssler, 352 S., 12,95 EUR, ISBN: 978-3-7751-4515-2



SCHECHINGER
Tours

*Reisen mit Schechinger-Tours -
wir laden herzlich ein*

Israelreise „Ostern in Israel erleben“
mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 20.04. – 01.05.2011

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 12.06. – 24.06.2011

Israel-Erlebnisreise „Wüste, Meer und mehr“
mit Klaus Eberwein (Bibel-Center Breckerfeld),
Markus Schechinger (Sulz am Eck)
und Doro Schechinger (Jerusalem)
vom 31.07. – 10.08.2011

Israel Sommer-Herbst Spezial-Erlebnisreise
mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 25.08. – 04.09.2011

Israelreise zum Laubhüttenfest
mit Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 12.10. – 21.10.2011

Israel Kur- und Erholungsreise zum Toten Meer
mit Georg und Elisabeth Terner (Bad Liebenzell)
vom 16.10. – 30.10.2011

Israelreise über den Jahreswechsel
vom 27.12.2011 – 06.01.2012

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise.
vom 30.01.2012 – 06.02.2012

weitere Reisen sind geplant



Bitte fordern Sie unsere Reiseprospekte kostenlos an!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck • Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

Buchrezension

Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude

„Für die Deutschen war ich ein Kanake, für die Moslems ein Jude, für die Juden ein krimineller Jugendlicher aus dem Wedding“ – das ist die Bilanz, die der Jude Arye Sharuz Shalicar aus seine Jugendzeit in Berlin zieht. Heute lebt der frühere Deutsch-Iraner in Israel. In seiner Autobiographie erzählt er von seinem Leben in einem von Muslimen dominierten Viertel der Bundeshauptstadt – in dem er den Hass erfährt, vor dem seine Eltern einst aus dem Iran geflohen sind. || Dana Nowak

In der islamischen Republik gilt das Sprichwort „Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude“ – ein Hund ist dort als das dreckigste und verachtenswerteste Lebewesen angesehen, nur

auf viele Menschen abstoßend wirkt. Als er, ohne zu wissen, was er damit wirklich aussagt, mit einem Davidstern um den Hals durch sein Viertel zieht, wird er zur Zielscheibe des Hasses. Nun, da sei-

einem religiösen Ignoranten wandelt sich Arye zu einem zionistischen Juden, der zu seiner Religion steht. Er wandert nach Israel aus, wo er seine wirkliche Heimat findet. Wenn er dort von seinem Leben in Berlin erzählt, erwarten die Zu-

„Im Berliner Wedding wird nicht als erstes gefragt, wie man heißt, sondern, ob man auch Muslim ist.“

ein Jude ist noch abstoßender. Auf der Suche nach einem besseren Platz zum Leben, einem Ort, an dem sie vor antijüdischen Übergriffen sicherer war, zog es die Familie jedoch nicht nach Israel, sondern nach Deutschland, in den Berliner Stadtteil Spandau. Religion spielte im Leben der Shalicar keine Rolle. Und so kam es, dass auch Arye bis zu seinem 13. Lebensjahr kein Gefühl für Religion hatte und ihm sein Jüdischsein kaum bewusst war. Jüdische Themen im Geschichtsunterricht oder der Nahostkonflikt interessierten ihn nicht. Er erzählt von einer unbeschwerter Kindheit. Das ändert sich jedoch, als die Familie in den Wedding zieht, einen Stadtteil fest in muslimischer Hand, in dem man laut Shalicar kaum Deutsche trifft und in dem sich Türken, Araber und Kurden immer wieder Machtkämpfe liefern. Hier wird nicht als erstes gefragt, wie man heißt, sondern, ob man auch Muslim ist, erzählt Arye in seinem Buch.

Zunächst fällt der persische Jude nicht auf und wird akzeptiert, schließlich ist auch er ein „Schwarzkopf“ und jeder hält ihn für einen Muslim. Langsam begreift er jedoch, dass er „anders“ ist, dass er zu einer Religionsgemeinschaft gehört, die

ne zumeist muslimischen Freunde erfahren haben, dass er Jude ist, wenden sie sich von ihm ab, demütigen ihn, richten ihren Zorn auf Israel gegen Arye. Der damals 15-Jährige setzt sich schließlich mit seiner Herkunft auseinander. Dabei eröffnet ihm sein Vater: „Du bist ein Jude und die ganze Welt hasst Dich“.

Ein Kurde nimmt Arye unter seine Fittiche

Auf der Suche nach seiner wirklichen Identität und nach Freunden lernt Arye Husseyn kennen. Der libanesische Kurde ist einer, vor dem man im Wedding Respekt hat, er stört sich nicht am Jüdischsein Aryes und nimmt diesen in Schutz. Arye gewinnt dadurch Freunde, wird von vielen Muslimen akzeptiert, macht sich als Graffiti-Sprayer einen Namen und steigt in eine Jugendgang ein, allerdings entwickelt er sich auch zum Kleinkriminellen. Nur langsam schafft er den Ausstieg aus dieser Szene, angetrieben von der Suche nach Zugehörigkeit, nach einer Zukunft, in der er als Jude nicht schief angeschaut wird. Sein Leben nimmt schließlich eine Kehrtwende. Von



höher zunächst Berichte über Probleme mit Deutschen, mit Neo-Nazis. Aber die hatte Arye, wie er selbst sagt, nie. Bedroht und verfolgt wurde er im Deutschland des 21. Jahrhunderts – allerdings nur von Muslimen. Heute ist Arye Sprecher der israelischen Armee und arbeitet unter anderem für das ARD-Studio in Tel Aviv. ||

Arye Sharuz Shalicar, Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude, dtv, 248 Seiten, 14,90 EUR, ISBN 978-3-423-24797-9

Gefahr aus dem Norden?

Wie die Türkei den Schulterschluss im Orient sucht



Wohin steuert die Türkei? Seit Jahrzehnten gibt es einen starken Zug Richtung Europa. Der Sprung in die Moderne westlicher Prägung am Anfang des 20. Jahrhunderts unter Atatürk soll mit einer Verankerung in der Europäischen Union im 21. Jahrhundert zum Ziel kommen. Die Türkei will nach Europa. Die USA und Israel unterstützen das, haben die Europäer gebeten und gemahnt, das Tor für die Türken zu öffnen. Dahinter scheint die Sorge zu stehen, dass es anderenfalls eine türkische Neu-Orientierung im wahrsten Sinne des Wortes geben kann, den Aufbruch in die orientalische Welt. Der Zug Richtung Nahost mit der Rückbesinnung auf die lange osmanische Geschichte und die Führungsrolle in der islamischen Welt ist bereits erkennbar.

Neue orientalische Verbrüderung

Seit Jahren ist eine türkische Hinwendung zum Orient zu erkennen. Noch mehr: Es ist eine offene Abkehr von der westlich geprägten Entwicklung und eine Hinkehr zum Islam zu sehen. Islamisch gestimmte Parteien und Personen prägen die Türkei von heute. Kopftücher gehören wie nie zuvor zum Straßenbild. Und kürzlich beim Staatsbesuch des deutschen Bundespräsidenten trug Hayrūnisa Gül, die Frau des türkischen Präsidenten, streng gebunden ihr Tuch auf dem Kopf. Nun reiste Mitte Januar der Premierminister Recep Tayyip Erdogan an der Spitze einer hochkarätigen Delegation durch die arabischen Staaten am Golf. Aufhorchen ließen die an die Araber gerichteten Botschaften, die sicher die ganze Welt hören sollte. Danach gehe es im Verhältnis zur arabischen Welt jetzt darum, die Streitigkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts zu beenden. Damals hatten sich viele arabische Stämme im Bündnis mit Engländern und Franzosen gegen die Türken erhoben. Erfolgreich wurde die zuletzt noch von den Deutschen gestützte türkische Vorherrschaft bekämpft. Mit der Eroberung Jerusalems durch General Allenby im Dezember 1917 war die 400-jährige Herrschaft der Osmanen beendet, die dann in die Entstehung arabischer Nationalstaaten mündete, 1948 auch zur Gründung des Staates Israel führte. Der Erste Weltkrieg und die Kämpfe gegeneinander sind Episode. Künftig soll im Rückgriff auf die große gemeinsame Vergangenheit von Türken und Arabern ein neues Kapitel geöffnet werden. Erdogan erklärte, dass die „1.000-jährige Brüderlichkeit“ zu neuem Leben erweckt werden solle, um eine „politische, wirtschaftliche und kulturelle Union“ zu werden. Und er fügte hinzu: „Wir sind Angehörige derselben Zivilisation.“ Und: „Die Araber sind unsere Brüder und Schwestern.“

Neue islamische Führungsmacht

Bewirbt sich Erdogan damit um die Führerschaft in der islamischen Welt sunnitischer Prägung? Die Emirate am Golf und

selbst das mächtige Saudi-Arabien schauen mit Sorge auf den schiitisch beherrschten Iran, dessen militärische Ausrüstung und den damit verbundenen Anspruch auf die Vorherrschaft im Orient. Eine mächtige Türkei im Rücken würde die Araber entlang der sunnitisch-schiitischen Bruchlinie stärken und den Persern ein Gegengewicht bieten. Und was bedeutet das für den Westen, wenn Erdogan erklärt: „Wir betrachten den Schmerz der Völker im Irak, in Afghanistan und Pakistan als unseren eigenen Schmerz“? Unter Führung der USA agieren dort auch die Europäer und haben dort blutige Spuren hinterlassen. Selbst die Deutschen sprechen inzwischen von Krieg. Auf welcher Seite steht die Türkei? Schließlich: Was bedeutet es für Israel, wenn der türkische Premierminister außerdem sagte: „Ebenso, als die Kinder von Gaza massakriert wurden, spürten wir ihren Schmerz, als ob unsere eigenen Kinder massakriert würden. Gazas Problem ist unser Problem. Jerusalems Problem ist unser Problem.“ Die gute Zeit israelisch-türkischer Zusammenarbeit erscheint im Licht solcher Worte als weit zurückliegende Periode. Schon Ende Januar 2009, als Erdogan beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos wütend eine Gesprächsrunde mit dem israelischen Präsidenten Peres verließ, knackte es für alle offensichtlich im Gebälk der Beziehungen. Als im Mai 2010 die „Gaza-Hilfsflottille“ Israels See-Embargo-Linie gegen die Hamas-Herrschaft in dem Küstenstreifen durchbrechen wollte, war die Türkei die Schutzmacht dieser „Friedensfreunde“. Besonders das mit türkischen Flaggen geschmückte und vor allem mit türkischen Aktivisten besetzte Schiff „Mavi Marmara“, das aus einem türkischen Hafen ausgelaufen war, sorgte weltweit für Schlagzeilen.

Wer kommt aus dem Norden?

In diese pro-arabische und radikal-islamische Richtung passt am Ende auch die aktuelle türkische Film-Produktion „Tal der Wölfe – Palästina“. Ein Action-Streifen, der die Erstürmung der „Mavi Marmara“ durch israelisches Militär zum Anlass und Ausgangspunkt nimmt, um eine Mischung von James Bond und Rambo gegen Israel in den Kampf zu schicken. Mit Sicherheit entstand dieser Film nicht fernab von neuen türkischen Interessen im Nahen Osten. Israels Feinde kamen meist aus dem Norden. In biblischen Zeiten wurde der Einbruch von Völkern aus dem Norden zum Begriff für Verwüstung, Versklavung und Vertreibung. Die Heere der Assyrer, der Babylonier und anderer Eroberer stürmten vom Norden her ins Land. Jeremia sah einen Kessel überkochen – vom Norden her. Der Prophet Hesekiel beschrieb eine endzeitliche Großmacht mit vielen Völkern im Verbund vom Norden kommend – Gog aus Magog. Spekulationen verbieten sich. Und doch: Der Norden scheint für Israel Gefahr zu bedeuten. || Egmond Prill

Reisen

Mit Israelnetz ins Heilige Land

4.-16. Mai 2011

Kommen Sie mit nach Israel. Erleben Sie das Land in der schönsten Jahreszeit: Tage am See Genezareth und in Galiläa, der Heimat Jesu. Am Staatsgründungstag „Jom Ha'Atzmaut“ feiern wir mit den Israelis in der wunderbar gelegenen Stadt Haifa am Mittelmeer. Eilat am Roten Meer und die Wüste Negev, das Tote Meer und Qumran stehen im Reiseplan. Tage in Jerusalem runden diese besondere Israelreise ab.



Natürlich gehören Andachten, Abendthemen und Begegnungen zum Programm.

Reiseleitung und Begleitung: Egmond Prill

[Informationen/Anmeldung](#)

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar

Telefon (06441) 915 151

info@israelnetz.com

Eine Reise von Schechinger-Tours in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Medienverbund KEP e.V.



Israel-Erlebnisreise

„Unterwegs in biblischen Landschaften“

3.-17. September 2011

Erleben Sie zwei entspannte Wochen in Israel. Auf fünf Stationen entdecken Sie Neues und Bekanntes im Heiligen Land. Unsere Ziele: Netanja | See Genezareth | Totes Meer | Eilat | Jerusalem. Begegnungen u.a. mit Johannes Gerloff.

Eine Reise des Christlichen Medienverbundes KEP und der Stiftung Marburger Medien unter der Leitung von Wolfgang Baake und Jürgen Mette.

[Informationen/Anmeldung](#)

Christlicher Medienverbund KEP
 Steinbühlstraße 3 | 35578 Wetzlar
 Telefon (06441) 915 151 | info@kep.de

Veranstaltungen mit Johannes Gerloff

„Israel im Spannungsfeld der Völker“

10. März 19:30 Uhr

in Remchingen-Wilferdingen, Evangelisches Gemeindehaus, Kutscherweg 13



„Buch Rut“

7. Mai

in Lichtenstein/Sachs. bei der Sächsischen Israelkonferenz im Christlichen Glaubenszentrum Lichtenstein e.V.

10. Mai 19:30 Uhr

in Berlin 10967 Berlin, Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin SW e.V., Hasenheide 21

Buchtipps



Krista und Johannes Gerloff

Der Alltag fängt am Sonntag an Ein Erlebnismosaik aus dem jüdischen Land

Dieses sehr persönlich geschriebene Buch nimmt den Leser mit auf eine Reise durch den Jahresablauf im jüdischen Staat Israel. Spannend und mit einer Prise Humor gewürzt erzählen die Autoren von Traditionen und Festen des jüdischen Volkes. Da die meisten Texte in der Zeit der Al-Aksa-Intifada (2000-2005) entstanden sind, vermittelt das Buch auch einen Einblick in die menschliche Seite des Nahostkonflikts aus der Sicht Israels. EUR 12,95

Das Buch erhalten Sie im Buchhandel, direkt bei Israelnetz unter Telefon (06441) 915 151 oder unter www.pro-BUCH.net.

Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)

Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

